

Blickpunkt

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **59 (1979)**

Heft 2

PDF erstellt am: **26.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

DER MYTHOS VON DEN «MACHERN» – EIN FALSCHES SCHLAGWORT

Wir leben im Zeitalter der «Macher» und «Drahtzieher». So jedenfalls sehen es ungezählte grosse und kleine Zeitkritiker – von «problembewussten» Soziologen und Politologen, welche die «Machtstrukturen» der Demokratie analysieren, über die kritischen Theologen, welche das Elend der Entwicklungsländer in direkten Zusammenhang mit den «Manipulationen» der vielgescholtenen «Multis» bringen, bis hin zum Bürger am Stamm- oder Familientisch, der sich immer wieder «von denen in Bern» oder «denen» im kantonalen Parlaments- und Regierungsgebäude hoffnungslos gegängelt fühlt.

Wer selbst in der praktischen Politik steht, empfindet es allerdings völlig anders. Er sieht sich in ein Beziehungsfeld hineingestellt, das eine Eigengesetzlichkeit und Eigendynamik aufweist, gegen die sich niemand – weder ein schweizerischer Lokalpolitiker noch der amerikanische Präsident – ungestraft auflehnt. Da ist zunächst das, was man als «soziale Kontrolle» bezeichnen kann. Träger öffentlicher Macht sind permanent im Schaufenster und haben ständig auf zahlreiche Imponderabilien zu achten, angefangen bei der äusseren Erscheinung und dem gesellschaftlichen Auftreten über die selektive Gestaltung des Terminkalenders bis hin zur Entscheidung, welchen Organisationen und weiteren Gremien man angehören solle oder könne. Da ist ferner der parteipolitische Bezugsrahmen mit

den Schwerpunkten der «Basisarbeit», dem Verhältnis zu Führungsgremien sowie der öffentlichen Identifikation oder Nichtidentifikation mit grundsätzlichen oder tagespolitischen Zielsetzungen der jeweiligen Partei. Und schliesslich und endlich ist die Demokratie eine politische Organisationsform mit einer erheblichen Regelungsdichte – jedenfalls überall dort, wo es um Machtdelegation und institutionalisierte Machtkontrolle geht. So hat der politische «Macher» und «Drahtzieher» seinerseits das Gefühl, viel unfreier zu sein, als einer schöpferischen Politik im Zeichen der Freiheit zuträglich ist.

Mit der *wirtschaftlichen* Macht verhält es sich ähnlich, selbst dort, wo monopolartige Verhältnisse vorliegen. «Umsatz ist keine Macht», hat ein schweizerischer Konzernchef einmal erklärt. «Der Umsatz ist einzig Ausdruck davon, dass man zum Beispiel Produkte produziert, die die Hausfrauen gut finden. Wenn die Hausfrauen nicht mehr zufrieden sind, gibt es auch keinen Umsatz mehr.» Dazu kommt ein immer engermaschiges Netz von gesetzlichen Reglementierungen, von sozialpartnerschaftlichen Verträgen, von technologischen Gegebenheiten und politisch-psychologischen Rahmenbedingungen. Von Unternehmerseite wird denn auch oft der Spiess umgedreht und betont, dass es – wenn schon – der Staat sei, der heute die Macht habe. Auch von wissenschaftlicher Seite wird dies immer

wieder unterstrichen. So schrieb Peter F. Drucker 1974: «Auch ein noch so grosses und reiches Unternehmen ist machtlos gegenüber einer nationalen Regierung. In jedem Konflikt zwischen wirtschaftlicher und politischer Macht hat erstere zumindest in diesem Jahrhundert immer den kürzeren gezogen.»

Wenn der Unternehmerschaft, ähnlich wie den Politikern, trotzdem immer wieder «dunkle Macht» und Drahtzieherium grösseren Stils unterstellt werden, so hängt dies einerseits zweifellos mit falschen Vorstellungen von den Möglichkeiten freier Entscheidungsbildung im wirtschaftlichen Raum zusammen, andererseits aber auch mit einer Tatsache, die der deutsche Nationalökonom Wolfram Engels wie folgt umschrieben hat: «Der Mensch hat anscheinend Bedarf an einem Mythos. Es ist offensichtlich schwer verständlich, dass eine Marktwirtschaft funktionieren kann, obwohl doch Millionen von Leuten unabhängig voneinander ihre Entscheidungen treffen. So findet immer wieder der Glaube Nahrung, dass irgend jemand hinter den Kulissen sitzt und das Ganze lenkt.» Es gebe sie nicht, diese Manipulatoren. «Sie existieren in der Fantasie einiger intellektueller Sozialreformer, und sie spielen dieselbe Rolle wie einstmal das Weltjudentum oder die Freimaurer, wie im Mittelalter die Hexen und die bösen Geister. Sie werden heute nur in wissenschaftlicher Terminologie verpackt. Das ist aber auch das einzige, was solche Sozialphilosophien mit Wissenschaft gemein haben.»

Mit dem Mythos von den «Machern» in Politik und Wirtschaft ist es also offenbar nicht so weit her. Dass

sich trotzdem solche Legenden bilden, kommt allerdings auch nicht ganz von ungefähr. Zunächst ist für den einzelnen Politiker aus naheliegenden Gründen die Versuchung gross, den Globalverdacht des «Machers» eher in sein «Image» zu integrieren, als ihn zu zerstreuen, womit er dem Mythos weiter Vorschub leistet. Die Wirtschaft ihrerseits leidet nach wie vor darunter, dass ihre Strukturen und Entscheidungsabläufe für ein breiteres Publikum zu wenig transparent sind. Das ist nicht zuletzt eine Frage der Schulbildung und der Verständlichkeit der wirtschaftlichen Tagesinformation. Auf diesem wenig präzisen Wissenshintergrund lassen sich dann leicht Fantasiegebilde von «dunklen Zusammenhängen» beschwören.

Ein Sachverhalt, den man einfach hinnehmen muss? Das wäre langfristig gefährlich. Der Mythos vom übertriebenen «Machertum» verdirbt das öffentliche Klima in zweierlei Hinsicht. Er weckt erstens übertriebene Erwartungen, was die «Machbarkeit» der Verhältnisse betrifft, und schiebt damit den Entscheidungsträgern mehr Verantwortung zu, als sie tatsächlich wahrnehmen können. Und zweitens verhindert er mit dem damit gekoppelten Globalverdacht des Machtmissbrauchs, dass die politischen und wirtschaftlichen Führungskräfte den tatsächlich verbleibenden Handlungsraum auch wirklich mit voller Effizienz ausnützen können. Es liegt hier mit andern Worten ein Problem von erheblicher gesellschaftspolitischer Tragweite vor.

Richard Reich

SACHVERSTÄNDIGENRAT – EINE NOTWENDIGKEIT?

Verschiedene Länder kennen die Institution des Sachverständigenrates, einer *unabhängigen* Gruppe von Experten, meist Hochschulprofessoren, die den Auftrag haben, in einem jährlichen Rhythmus die Wirtschaftspolitik des Landes zu beurteilen und Probleme von spezifischem Gewicht zu durchleuchten. Der Akzent liegt eindeutig auf dem Adjektiv «unabhängig». Solche Expertenberichte können nur dann sinnvoll sein, wenn keine Partialinteressen in sie hineinfließen. Sie haben vielmehr die Funktion, die Meinungsbildung mit wissenschaftlichen Kristallen anzureichern. Von wissenschaftlich fundierten Empfehlungen ist zu erwarten, dass sie einen grundsätzlichen Charakter haben und die zur Diskussion stehenden Fragen auf dem Hintergrund des neuesten Kenntnisstandes werten. Insofern setzen sie einen *notwendigen* Farbton auf die breite Palette von Meinungen, die im Prozess der Willensbildung zu einem Kompromiss verschmolzen werden sollen.

Die Schweiz kennt keinen institutionalisierten Sachverständigenrat. Aber sie hat vor etwa zwei Jahren ein Experiment gestartet, das in diese Richtung zielt. Eine vom EVD und der Nationalbank eingesetzte Expertengruppe hat vor kurzem den zweiten Bericht vorgelegt, der, wie schon der erste, eine Fülle von Fakten, Informationen und Anregungen in die wirtschaftspolitische Diskussion «einbringt». Die beiden Berichte dürfen zweifellos als eine *Bereicherung* der

wirtschaftspolitischen Szenerie betrachtet werden. Und es dürfte von ihnen – dies vor allem – eine Tendenz zur Objektivierung, zur Versachlichung der Kontroversen ausgehen.

Expertenberichte dieser Art können kaum in die unmittelbare Tagesaktualität eingreifen. Es ist ihnen in erster Linie die Aufgabe zgedacht, *mittel- und längerfristige Perspektiven* aufzuzeigen, die Wirtschaftspolitik und die wirtschaftliche Entwicklung insbesondere auf mittelfristige Folgen abzusuchen. Die nach demokratischen Spielregeln eingefärbte Meinungsbildung hat in der Regel die Neigung, die *kürzerfristigen* Prioritäten in den Vordergrund zu schieben. Der Versuch, auch ihre mittelfristigen Konsequenzen abzuschätzen, kann deshalb sicherlich kein Luxus sein.

Die bisherigen Erfahrungen mit dem «helvetischen Sachverständigenrat» ermuntern jedenfalls zur *Weiterführung* der nun inaugurierten Politik. Nach «gut schweizerischer Art» wurde der Anfang auf dem steinigen, dafür aber wenig aufwendigen und nichts präjudizierenden Boden der *Pragmatik* gemacht. Es wäre im Falle einer Fortsetzung des nun eingeschlagenen Weges wohl kaum zu vermeiden, die «Rahmenbedingungen» und die institutionelle Eingliederung dieser Expertengruppe in die etablierten Meinungsbildungsspielregeln zu überdenken.

Willy Linder